

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
Kretz Annoncen AG (Feldmeilen)

Zukunftsgerichteter Dialog



Die Aussenpolitik der FDP Schweiz war Thema der Delegiertenversammlung vom 21./22. April 1995 in Interlaken. Naturgemäß stand die Haltung der Partei zum EU-Beitritt in Zentrum der Debatte. Mit 102 zu 81 Stimmen drang ein Antrag durch, der den EU-Beitritt nach Abschluss der bilateralen Verhandlungen als langfristiges strategisches Ziel festschreibt. Damit stellt sich die FDP hinter die Position des Bundesrates von 1993.

Debattierend, ermahmend und unterhaltend zugleich: Nationalrat Mühlemann, FDP-Aussenpolitiker der ersten Stunde, an der Delegiertenversammlung in Interlaken. (Photo ruti)

AMK. Das Grundsatzpapier der FDP zur Aussenpolitik geht von der weltweiten Ausrichtung der Schweiz aus. Es hält aber auch fest, dass unser Land politisch, wirtschaftlich, kulturell und sozial vor allem dem benachbarten Europa verbunden bleibt.

Die FDP unterstützt die bilateralen Verhandlungen mit der EU

loyal und will, dass sie konsequent zu Ende geführt werden. Ziel muss es sein, die Verbindung zur EU über die Bereiche Wirtschaft, Verkehr, Forschung und Bildung zu verstärken. Parallele Beitrittsverhandlungen mit der EU lehnt die FDP ab, da sie die bilateralen Verhandlungen gefährden würden. Nach Abschluss der bilateralen Verhandlungen gilt es zu entscheiden, welche Form der Zusammenarbeit mit Europa dem Interesse der Schweiz am besten dient. Die FDP betont die Notwendigkeit der Information der Bevölkerung in allen europäischen Belangen.

Das Papier hält weiter fest: «Was heute dringend not tut, ist ein zukunftsgerichteter und sachbezogener Dialog unter all jenen, die sich zur Schweiz bekennen und an eine Zusammenarbeit der Schweiz im internationalen Umfeld glauben.»

Mehr ab Seite 5

Aussenpolitik

Der europapolitische Beschluss der Delegierten der FDP Schweiz an der ordentlichen Delegiertenversammlung vom 21./22. April 1995 in Interlaken hat grosse Aufmerksamkeit erregt. Im vorliegenden «Freisinn» finden Sie nicht nur Wertungen dieses Beschlusses, sondern als Dossier auf den Seiten 9 bis 12 das ganze ausserpolitische Papier. Diese Seiten können gut herausgenommen und verbreitet werden. (Collage Keystone/SFP)



Inhalt

■ Mit acht Regierungsrätinnen stellt die FDP die meisten Frauen in den kantonalen Exekutiven. Sie finden sie auf Seite **13**

■ Einen Brief mit guten Ratschlägen an die Kandidatinnen für die eidgenössischen Wahlen 1995 lesen Sie ab Seite **15**

China: Aufrüstung wie in alten Zeiten

Pekings enorme Aufrüstungsmassnahmen beunruhigen zunehmend seine asiatischen Nachbarn: Die Welt rüstet ab, aber Asien rüstet auf.

◊ Jacques Baumgartner

Teilweise Erfreuliches meldete kürzlich die amerikanische Rüstungskontrollbehörde. Laut ihren Angaben sind die weltweiten Ausgaben für Streitkräfte und Rüstung auf dem niedrigsten Stand seit einem Vierteljahrhundert. Es gibt jedoch beträchtliche regionale Unterschiede. Während die Rüstungsausgaben in den USA, in Westeuropa und in Russland, in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion rückläufig sind, steigen die Militärausgaben vor allem in Südasien, Ostasien, Ozeanien sowie in den südlich der Sahara gelegenen afrikanischen Staaten.

In Asien, im pazifischen Raum boomt nicht nur die Wirtschaft. In der Region, die im nächsten Jahrhundert – wie verschiedent-

lich vorausgesagt wird – die «Welt» (-Geschicke) bestimmen soll, gedeihen die Armeen und floriert der Waffenhandel. Das ist beunruhigend, denn in Asien gibt es im Unterschied zu Europa noch keine sicherheitspolitische Zusammenarbeit, nicht einmal Ansätze dazu. Das Ende des «kalten» Ost-West-Konfliktes hat im asiatisch-pazifischen Gebiet ein Machtvakuum hinterlassen. Die Amerikaner haben ihre militärische Präsenz eingeschränkt, und die Russen (Sowjets) haben sich weitgehend zurückgezogen. Es ist vor allem die chinesische Aufrüstung, die die Nachbarn zunehmend «irritiert». Die Nachbarn rüsten nach, weil sie vor China und seinen (möglichen) Hegemonieansprüchen Angst haben. Dabei finden die «abgerüsteten» ostwestlichen Waffenarsenale in den asiatisch-pazifischen Staaten reissenden Absatz.

Führungsmacht

Bereits zu Beginn der achtziger Jahre hatte Chinas grosser Reformler Deng Xiaoping verkündet, der wirtschaftliche Aufbau stehe im Mittelpunkt und sei zugleich «die Grundlage für die Lösung der auswärtigen und inländischen Probleme Chinas». Nach Berechnungen der Rand Corporation in Kalifornien vereinigt Japan zurzeit zwar zwei Drittel der Wirtschaftskraft in Asien auf sich. Setzen sich Chinas Wachstumssprünge fort, würde jedoch China noch vor dem Jahre 2020 die Wirtschaftskraft Japans überholt haben.

Die chinesische Aussenpolitik hat im Zuge dieser wirtschaftlichen Aufholjagd nie das Ziel des Aufstiegs zur asiatischen Führungsmacht aus den Augen verloren. Dem Austritt aus der sowjetischen Vormundschaft folgte in den sechziger Jahren der Aufstieg zur Nuklearmacht, schloss sich in den siebziger Jahren die Aussöhnung mit den USA und die Alleinvertretung Chinas in der Uno an, gekrönt von der Übernahme des Ständigen Sitzes

im Uno-Sicherheitsrat. China hat Gebietsansprüche gegenüber fast allen Nachbarstaaten aufrechterhalten und diese Ansprüche immer wieder einmal mit Waffengewalt unterstrichen. Seit einem Beschluss der Zentralen Militärkommission der Kommunistischen Partei Chinas vom Juni 1985 verfolgt Peking eine veränderte Streitkräfteplanung. China lenkt seine Ressourcen von der grossen Auseinandersetzung mit der russischen Nuklearmacht hin zu begrenzter Kriegführung entlang den Landesgrenzen.

Spratly-Inseln

Es herrscht kein Mangel an Spannungsherden in Asien. Solche sind Kambodscha, die Kurilen (Streit zwischen Japan und Russland), Nordkorea, und gespannt ist das Verhältnis zwischen China und Taiwan. Umstritten sind aber vor allem die Spratly-Inseln im fisch- und erdölreichen Südchinesischen Meer. (Militärische) Dominanz in diesem Gebiet bedeutet letztlich Vorherrschaft über die Malakka-Strasse zwischen Malaysia und der indonesischen Insel Sumatra. Die tausend Kilometer lange Passage ist die wichtigste Verbindung zwischen dem Südchinesischen Meer und dem Indischen Ozean und damit auch zwischen dem Fernen Osten, (Erdöl-)Nahost und Europa.

Die über 950 Kilometer im Südchinesischen Meer sich hinziehenden Spratly sind wegen ihrer geostrategischen Position bedeutsam. In chinesischen Chroniken steht, dass im Jahre 1405 eine Armada von 62 see-tüchtigen Dschunken in südost-asiatische Gewässer segelte, «um Ruhm für die Waffen des Reiches der Mitte zu ernten»; 1411 erreichten Dschunken sogar Ostafrika. Die Gebietsansprüche Chinas sind riesenhaft. Allein die beanspruchten Meeresgebiete summieren sich zu einer Fläche von drei Millionen Quadratkilometern. Verschiedentlich schon

kam es zu Kämpfen zwischen China und Vietnam um die Spratly-Inseln. (1991 waren die Anrainerstaaten auf ihrer Konferenz von Bandung übereingekommen, dass die Ansprüche der verschiedenen Seiten auf die Inselgruppen mittels Verhandlungen geklärt werden sollten.)

Indien

Die chinesische Aufrüstung ruft auch und vor allem Indien auf den Plan. Der Rückzug der Grossmächte bestärkte zunächst Indiens Seeherrschaft über den Indischen Ozean mit seiner zentralen Stellung für den Schiffsverkehr. Die Interventionen auf den Malediven 1988 und im Tamilen-Krieg Sri Lankas 1986 bis 1990 haben beziehungsweise sollten Indiens Hegemonieanspruch über den Indischen Ozean militärisch bekräftigen.

China ist der mächtigste Rivale Indiens, Pakistan der zweite Gegner. In der Rivalität mit China fand Indiens Nuklearexplosion von 1974 ihren Ursprung, lag der Grund für Indiens jeweilige Annäherung an die Sowjetunion und heute an Russland. Die strategische Balance zwischen Indien und China ist zentral für Asien. Dabei ist das Kaschmir-Gebiet mit seiner Nähe zu China, seinem Wasserreichtum und seiner Fruchtbarkeit eine Schlüsselregion der indischen Vormachtstellung in Südasien. Kaschmir ist zugleich der ständige Konflikt-herd mit dem pakistanischen Erzfeind, in der explosiven Dreiecksbeziehung zwischen Indien, Pakistan und China.

Explosiv

Angesichts der nuklearen Fähigkeit von Indien und Pakistan, des Status Chinas als strategischer Nuklearmacht wächst in Asien eine Situation heran, die den Strukturen des kalten Krieges in mancherlei Beziehung ähnelt. Es könnte sich ein nuklearer Rüstungswettlauf entfalten. ■

Zahlen

Seit 1987 sind die weltweiten Ausgaben für Streitkräfte und Rüstung um einen Drittel auf 868 Milliarden Dollar zurückgegangen. Das ist der niedrigste Stand seit einem Vierteljahrhundert. Die Zahl der weltweit unterhaltenen Soldaten verringerte sich seit 1992 von 26,3 Millionen auf 24,8 Millionen. Armeen mit über einer Million Soldaten haben China, Russland, die USA, Indien und Nordkorea. Die USA sind mit einem Weltmarktanteil von fast fünfzig Prozent Waffenexporteur Nummer eins. Saudi Arabien ist grösster Waffenimporteur (18 Milliarden Dollar seit 1991). ■

Marianne Krämer: interessiert an der Zukunft der Gentechnologie

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet Ihre grösste Hoffnung?

Die Wirtschaft hat erkannt, dass Ökonomie und Ökologie keine Gegensätze sind. Wenn auf dieser Basis weitergearbeitet wird, bestehen reale Chancen.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Die globale Bevölkerungsexplosion, die wir nicht im Griff haben.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Neben Feuer und Rad sicherlich auch die Erfindung der Buchdruckerkunst, hat sie doch in der Kommunikation der Menschen einen Quantensprung erzeugt, der heute nicht mehr wegzudenken ist. Entbehrlich ist für mich der Rasenmäher.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Den 1. August. Der einzige Tag, an dem wir unsere archaischen Wurzeln ans Tageslicht kommen lassen.

Was misfällt Ihnen in unserem Land?

Die überhebliche Selbstzufriedenheit und Besserwisserei.

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich»?

Nein. In einem demokratischen System können Minderheiten oder Mehrheiten den Fortschritt auslösen. Nur Mehrheiten aber können den Fortschritt umsetzen.



Marianne Krämer verlangt von einem Politiker/einer Politikerin Ehrlichkeit, Weitblick und sorgfältige Analyse.

Warum sind Sie bei der FDP?

Ich bin in einem freisinnigen Familienclan aufgewachsen und hatte immer so viel Freiheit, dass ich nicht rebellieren musste.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

König Juan Carlos von Spanien. Er hat durch seinen politischen Weitblick Spanien erfolgreich aus der Diktatur geführt und in einen modernen europäischen Staat verwandelt. Für die Sicherheit in Europa ist das ein absolutes Geschenk.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Durch Ehrlichkeit, Weitblick und sorgfältige politische Arbeit.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Sind eine gute Erfindung der Natur. Machen das Leben interessant und spannend.

Was sehen sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

KURZBIOGRAPHIE

Marianne Krämer

Zur Person: Aufgewachsen in Biel BE in einer mittelständischen Uhrenunternehmer-Familie. Seit meiner Jugend hatte ich viele Kontakte zu verschiedenen Sprachen und Kulturen und die Möglichkeit, viel zu reisen. Ich bin verheiratet und lebe seit 1973 im Kanton Thurgau.

Alter: Bald 50.

Berufliche Stationen: Diplomabschluss in Zoologie an der Universität Zürich. Mitarbeiterin am Parasitologi-

Perfektionismus und Ungeduld. Zuverlässigkeit.

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

«Die Zukunft beginnt im Kopf: Wissenschaft und Technik für die Gesellschaft von morgen.» Eine Aufsatzsammlung der Gesellschaft ehemaliger Studierender der ETH Zürich.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Regelmässige Spaziergänge mit meinem Hund.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Segelfliegen.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Walter J. Gehring. Seine Entdeckung des Augen-Regulator-Gens hat mich gefreut. Ich möchte mit ihm über die Zukunft der Gentechniksprechen. ■

schen Institut des Tierspitals Zürich. Begleitung wissenschaftlicher Projekte meines Mannes. Einsätze als Rot-Kreuz-Spitalhelferin. Altersbetreuung in der Familie.

Politischer Werdegang:

1984–1992 Präsidentin der Freisinnigen Frauen Frauenfeld. 1988–1992 Vizepräsidentin der FDP Frauenfeld. 1986–1989 Beisitzerin in Parteileitung der FDP TG. Seit 1989 Vizepräsidentin der FDP TG. 1991–93 Vorstand FDP Frauen Schweiz. Seit 1991 Gemeinderätin in Frauenfeld.

Liebste Tätigkeit: Kochen; da entfalte ich meine Kreativität. ■

SOMMERUNIVERSITÄT

Bundespolitiker im Gespräch mit Jugendlichen

Der Ausschuss für Jugendpolitik der FDP Schweiz organisiert jedes Jahr eine exklusive Ausbildungswoche für Jugendliche. Den Jugendlichen stehen als Referenten und Diskussionspartner eidgenössische FDP-Parlamentarier und -Parlamentarierinnen zur Verfügung.

Letztes Jahr, an der ersten Sommeruniversität, begegneten die Jugendlichen nicht nur *Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz* und *Bundeskanzler François Couchepin*, sondern auch *fünf Ständeräten* und *elf Nationalräten*. Die Brücke zwischen den Jugendlichen und den sonst nur aus den Medien bekannten Politikern und Politikerinnen wurde sehr schnell geschlagen, und es fanden aufschlussreiche und offene Gespräche statt.

Vom *21. bis 25. August 1995* wird in Neuenburg die zweite Sommeruniversität durchgeführt. Sie steht wieder allen politisch interessierten Jugendlichen

(keine Parteimitgliedschaft erforderlich!) zwischen *18 und 28 Jahren* offen. Die Diskussionen und Gespräche finden auf französisch und deutsch statt. Es haben sich bereits einige *prominente FDP-Persönlichkeiten* bereit erklärt, dieses Jahr den Jungen Red und Antwort zu stehen. Bleibt zu hoffen, dass dieses vielversprechende Angebot von den Jugendlichen genutzt wird.

Telefonische Auskünfte bei *Blaise Roulet*, Sekretär Ausschuss für Jugendpolitik (Tel. 031/311 34 38), oder bei *Stefan Fritschi*, Mitglied Ausschuss für Jugendpolitik (Tel. 052/213 45 36).

Provisorische Anmeldung

Ich melde mich hiermit provisorisch an für die zweite FDP-Sommeruniversität vom 21. bis 25. August 1995. Die Kosten betragen etwa Fr. 250.- (Kost und Logis inbegriffen).

Name: _____ 5/95

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____ Beruf: _____

Jahrgang: _____ Sprache: Französisch Deutsch

Politische Tätigkeit: _____

Talon bis spätestens **31. Mai 1995** einsenden an FDP Schweiz, Blaise Roulet, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 311 34 38, Fax (031) 312 19 51 (Teilnehmerzahl beschränkt). ■

Die Arbeit der FDP



Name: _____

Vorname: _____ 5/95

Str./Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Ich bestelle:

_____ Ex. Jahresbericht 94/95

(1 Ex. gratis, 222 Seiten, dt./frz.)

Bitte einsenden an:

FDP-Generalsekretariat
Postfach 6136
3001 Bern

Fax (031) 312 19 51 ■

Konzepte statt Schlagworte

Hochaktuelle Themen umfassend behandelt: das bietet Ihnen die «Politische Rundschau», welche die FDP viermal jährlich zum Selbstkostenpreis herausgibt. Nutzen Sie diese fundierte Informationsmöglichkeit, um sich zu politisch brisanten Problemen Ihr eigenes Urteil zu bilden.

Talon

Ich bestelle zum Selbstkostenpreis von Fr. 5.- pro Exemplar (ausser Nr. 2-3/94):

- _____ Ex. Nr. 1/93: «Unerlässliche Mitwirkung der Schweiz – verkraftbare Anpassung unserer nationalen Politik: Die FDP zur Uruguay-Runde des Gatt»
- _____ Ex. Nr. 2/93: «Aktiv jenseits der Grenzen: FDP Schweiz International. Die politische Heimat für Schweizerinnen und Schweizer im Ausland»
- _____ Ex. Nr. 3/93: «Regierungsreform: Arbeitsgrundlagen zur Reform 1993 und zu weiteren Modellen»
- _____ Ex. Nr. 4/93: «Berichte, Thesen und Massnahmen zur öffentlichen Sicherheit in der Schweiz»
- _____ Ex. Nr. 1/94: «Wege aus der Arbeitslosigkeit»
- _____ Ex. Nr. 2-3/94: «Für eine Schweiz mit Zukunft. Hundert Jahre FDP der Schweiz» (à Fr. 15.-)
- _____ Ex. Nr. 4/94: «15 Thesen der FDP für eine gesamtheitliche Alterspolitik»

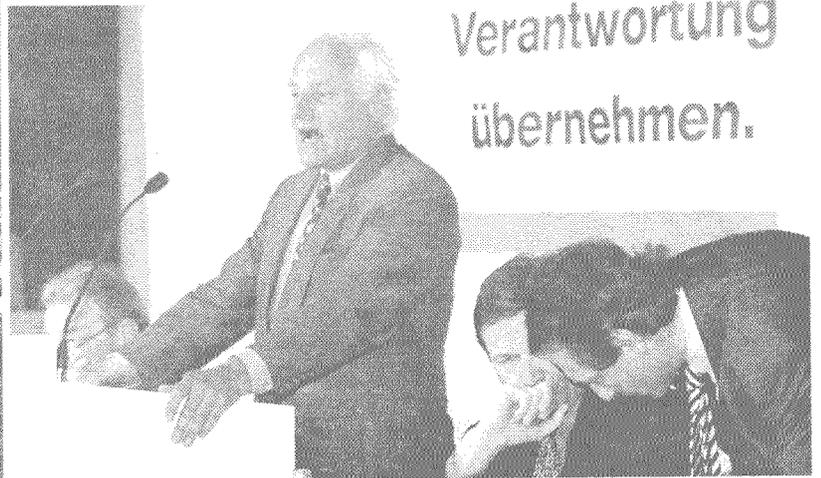
Name: _____ Vorname: _____ 5/95

Strasse/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51. ■



Offen und fair diskutierten die Delegierten der FDP Schweiz an der ordentlichen Delegiertenversammlung in Interlaken über die zukünftige Ausrichtung der FDP-Aussenpolitik. (Photos ruti)

Kein Kurswechsel

Nach der Ablehnung des Beitrittes der Schweiz zum EWR haben die freisinnige Parteileitung und die Fraktion der Bundesversammlung ihre Diskussion über den nunmehr einzuschlagenden Weg in der Frage der europäischen Integration intensiv weitergeführt. Im Vordergrund stand von allem Anfang an der Wille, einen mög-

lichst grossen Teil der wirtschaftlichen Liberalisierung auf dem Weg bilateraler Verhandlungen zu erreichen. An der ordentlichen Delegiertenversammlung in Interlaken beschlossen die Delegierten, den EU-Beitritt als langfristiges strategisches Ziel ins FDP-Positionspapier aufzunehmen. Was bedeutet diese Formulierung?

Nationalrat Ulrich Fischer

EU-Beschluss in Interlaken

Obwohl sich EU-Freunde und EU-Skeptiker innerhalb von Fraktion und Parteileitung auf den erwähnten Kompromiss in den ausserpolitischen Grundsätzen geeinigt hatten, drang an der ordentlichen Delegiertenversammlung der FDP in Interlaken vom 21. April 1995 mit 102 zu 81 Stimmen ein Antrag durch, wonach sich die Partei nunmehr für den EU-Beitritt als *langfristiges* Ziel ausspricht.

Was bedeutet diese Formulierung? Sie bedeutet jedenfalls nicht – wie dies von gewissen Medien kolportiert wurde –, dass die Freisinnigen nun auf die Subito-Linie der Sozialdemokraten eingeschwenkt seien und in deren Schlepptau unbesehen der

innenpolitischen Situation ohne Verzug den Schnellzug nach Brüssel besteigen wollten, der mit Sicherheit entgleisen müsste. Davon kann keine Rede sein.

Primäres Ziel ist nach wie vor, die nunmehr eingeleiteten bilateralen Verhandlungen mit der EU zu einem möglichst erfolgreichen Abschluss zu bringen. An dieser Zielsetzung hat sich in Interlaken kein Jota geändert; darüber sind sich die Freisinnigen aller Schattierungen einig. Nach Abschluss dieser Verhandlungen ist aber so oder so eine Neubeurteilung der Lage notwendig, bevor die politische Strategie gegenüber der EU festgelegt wird. Der Ausdruck «langfristig» bringt diese Absicht klar zum Ausdruck und macht deutlich, dass es auch jener Mehrheit der Freisinnigen,

die den EU-Beitritt als langfristiges strategisches Ziel deklariert haben, um einen sorgsam erdauerten Prozess und nicht um einen Schnellschuss geht.

Alle Optionen offenhalten

Die EU hat sich, gestützt auf die Beschlüsse von Maastricht, zu einem monolithischen Gebilde weiterentwickelt, das für uns Schweizer nicht akzeptabel sein kann. Zu gross wäre bei einem Beitritt der Verlust von nationaler Souveränität. Opposition gegen diese zentralistischen Tendenzen regen sich aber auch bei gewissen Mitgliedern der EU, zum Beispiel bei Grossbritannien und den skandinavischen Staaten, welche neu dabei sind. So ist es

Fortsetzung auf Seite 6

Parteileitung und Fraktion haben in den letzten Monaten ihre ausserpolitischen Grundsätze zu Papier gebracht. Diese enthalten nicht nur die Marschrichtung in der Europapolitik, sondern nach einer innenpolitischen Lagebeurteilung auch die Prinzipien der globalen Zusammenarbeit, der Neutralitätspolitik und der grenzüberschreitenden Aktivitäten. Hinsichtlich des vom Bundesrat kurz vor der EWR-Abstimmung im Mai 1992 eingereichten Gesuchs um Beitritt zur EU wird in diesem Papier festgehalten, dass nach Abschluss der bilateralen Verhandlungen eine «zeitgerechte Analyse der Reaktivierung des EU-Beitritts-Gesuches» stattzufinden habe.

Fortsetzung von Seite 5

denkbar, dass sich die EU, um zu überleben, künftig in eine Richtung entwickelt, welche das Subsidiaritätsprinzip stärker gewichtet, das heisst sich vermehrt auf jene Bereiche konzentriert, welche die Mitgliedstaaten nicht ebensogut selber effizienter regeln können.

Die nächste Regierungskonferenz, die 1996 beginnt, dient einer umfassenden Standortbestimmung und Weichenstellung der EU. Diese wird auch uns Schweizern darüber Aufschluss geben, ob dereinst ein Mitmachen der Schweiz unter Beibehaltung unserer zentralen politischen Maximen wie Föderalismus, direkte Demokratie und Neutralität möglich ist. Auf Grund der dannzumaligen Lagebeurteilung werden wir darüber entscheiden müssen, ob für uns ein Beitritt zur EU in Frage kommt. Heute lässt sich diese Frage guten Gewissens weder im einen noch im anderen Sinn beantworten.

Neben dem Beitritt zur EU sind jedoch auch die anderen Optio-

nen gleichwertig weiterzuverfolgen. Gestützt auf die Initiative der Jungen, wird sich der Bundesrat in nächster Zeit erneut zur Frage eines EWR-Beitritts aussprechen müssen. Nachdem der EWR zurzeit nur noch aus Norwegen und Island besteht, könnte sich eine EWR-Mitgliedschaft der Schweiz gewissermassen zu einem «bilateralen Globalabkommen» entwickeln, wie sich Staatssekretär Blankart kürzlich ausdrückte. Diese Möglichkeit ist jedenfalls sorgsam auf ihre Vor- und Nachteile hin zu prüfen.

Ebenso ist selbstverständlich der eigenständige schweizerische Weg im Auge zu behalten, wie er sich nach Abschluss der bilateralen Verhandlungen präsentieren wird.

Verschiedene Wege

So gibt es denn für die Schweiz verschiedene Wege, die nach Europa führen. Vorläufig sind alle vorurteilslos weiterzuverfolgen, denn im gegenwärtigen Zeitpunkt sind die Voraussetzungen für einen endgültigen Entscheid noch nicht gegeben. ■

KOLUMNE

Signal für Öffnung in der Europapolitik



Die schweizerischen Delegierten haben am FDP-Parteitag vom 21. April in Interlaken – gegen alle Gewohnheit – der Parteileitung und der Fraktion einen deutlichen aussenpolitischen Wink gegeben. Sie haben nach einer eingehenden, offenen und fairen Diskussion mit 102 zu 81 Stimmen beschlossen, das ihnen vorgelegte aussenpolitische Papier mit dem «langfristigen Ziel» eines EU-Beitritts zu ergänzen. Welche Bedeutung kommt diesem überraschenden Beschluss zu, der nur möglich wurde, weil sich eine erhebliche Zahl deutschschweizerischer Delegierter den Romands anschlossen? Es ist nicht mehr, aber auch nicht weniger als ein *Signal für eine Öffnung in der Europapolitik*. Offensichtlich bestand bei einer Mehrheit der Wunsch, aus den bisherigen Grabenkämpfen herauszukommen und ein Zeichen in Richtung auf eine mögliche gemeinsame Linie der realistisch in die Zukunft Schauenden zu setzen.

Auch Vorkämpfer dieses Beschlusses waren sich im klaren darüber, dass der Entscheid über einen EU-Beitritt so lange zurückgestellt werden sollte, bis der Charakter und die Struktur der EU klar zutage liegt. Das aber wird erst der Fall nach der zukunftsgerichteten Ministerkonferenz der EU von 1996 und nach der Klärung über das Ausmass der Verwirklichung der Maastrichter Beschlüsse sein. Falls auch in Frankreich eine eher kritische Haltung gegenüber weitem Zentralisierungsbestrebungen die Oberhand gewinnen sollte, so bleibt auch hier das Resultat der Entwicklung der nächsten Jahre offen.

Keine Änderung bringt dieser Beschluss auch am *vorrangigen Ziel, die laufenden bilate-*

ralen Verhandlungen mit der EU mit voller Kraft zu führen und zu einem guten Ende zu bringen. Das Ergebnis oder – schlimmsten Falles – das Nichtvorhandensein eines Ergebnisses bringt eine *neue Faktelage*, die einer grundlegenden Analyse bedarf und die künftige Europapolitik unseres Landes bestimmen soll und wird. Dann erst wird zu beurteilen sein, ob die Schweiz in einer lockeren Verbindung zur EU verharren soll oder ob ein Beitritt zum EWR oder zur EU vorzuziehen ist. Bevor die Fakten auf dem Tisch liegen, ein negatives Urteil zu fällen (wie die Zürcher SVP zumindest androht) oder bereits heute einen voreiligen Check auf die EU ausstellen zu wollen (wie die SPS und die Grünen), ist im Grunde ein *Misstrauensvotum gegenüber der künftigen Urteilsfähigkeit des Schweizervolkes*. Die teilweise bestehenden Vorurteile gegenüber den bilateralen Verhandlungen sind Zeichen einer Ängstlichkeit, ja Beschränktheit den europapolitischen Möglichkeiten gegenüber.

Nach dem Vorliegen der Ergebnisse der bilateralen Verhandlungen und erneut nach dem Erreichen der Klarheit über die Zukunft der EU wird, wie dies FDP-Präsident Franz Steinegger in Interlaken dartat, abzuklären sein, welche Auswirkungen auf unsere direkte Demokratie, auf unsern Föderalismus, auf unsere wirtschaftliche Zukunft, auf den Bundeshaushalt, auf unsere Währung, auf die Umweltschutz-, die Verkehrs-, die Agrar- und die Sozialpolitik und auf die künftige Neutralitätspolitik zu erwarten sind. *EU (und EWR) sind keine Visionen, sie sind konkrete Institutionen*, die nicht an Wunschvorstellungen, sondern an ihren Realitäten gemessen werden müssen.

Alt Nationalrat Kurt Müller,
Meilen (ZH)



ERICH MÜLLER

lic. oec. HSG
Mitglied der Konzernleitung
und Finanzchef der
Sulzer AG, Winterthur
bezieht Stellung zu Europa.

SCHWEIZER EUROPAPOLITIK AM SCHEIDEWEG

heisst die neueste Schrift des Schweizerischen Instituts für Betriebsökonomie. Wir stellen Ihnen diese aktuelle Publikation gerne gratis zu.

Bitte senden Sie Anzahl Exemplare an:

Name _____

Vorname _____

Strasse _____

PLZ Ort _____

Praxisbezogener weiterkommen. Mit dem SIB.

SIB

Schweizerisches Institut für Betriebsökonomie

Zürich-Stettbach, Auenstr. 4, 8600 Dübendorf, Tel. 01 822 06 66, Fax 01 822 07 77

Ein gutes Paket

Mit der 10. AHV-Revision wird nicht nur ein als überholt geltendes System revidiert, sondern auch das für Frauen bislang gültige sozialpolitische Leitbild. Der politische Kampf um die 10. AHV-Revision ist daher auch ein Kampf um die Anerkennung der Eigenständigkeit der Frau, unabhängig von ihrem Zivilstand.

Nationalrätin Lili Nabholz-Haidegger (ZH)

Die FDP hat erheblichen Anteil daran, dass die 10. AHV-Revision nicht die ursprünglich geplante sanfte Renovation des bald fünfzigjährigen AHV-Gebäudes blieb, sondern zu einem eigentlichen Umbau wurde. Zu erinnern ist an die Motion von Cornelia Füg oder an das Modell einer partei-internen Arbeitsgruppe, das vor genau sieben Jahren am Parteitag von Lugano vorgestellt wurde.

Drei Akzente

AMK. Drei Schwerpunkte wurden für die ordentliche Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz im Wahljahr gesetzt:

- Aussenpolitik
- Wirtschaftspolitik
- Abstimmungsvorlagen vom 25. Juni 1995

Im vorliegenden «Freisinn» finden Sie die aussenpolitischen Beschlüsse ausführlich kommentiert. Auf den Seiten 9 bis 12 ist das ganze Positionspapier publiziert.

Auf die Wirtschaftsthematik werden wir im nächsten «Freisinn» zurückkommen, ebenso nochmals auf die Abstimmungsvorlagen, zu denen die FDP-Delegierten folgende Parolen fassten:

- 10. AHV-Revision** JA (146 zu 2)
- Volksinitiative «zum Ausbau von AHV und IV»** NEIN (114 zu 1)
- Lex Friedrich** JA (118 zu 8)

Die damals geforderte Umstrukturierung der AHV enthielt praktisch alle Elemente, welche die aktuelle Vorlage nun aufweist:

- individueller Rentenanspruch
- Aufteilung und gegenseitige Anrechnung der während der Ehe erzielten Einkommen
- Besserstellung geschiedener Frauen
- Einführung der Witwerrente
- Anrechnung von Erziehungs- und Betreuungsgutschriften
- Neue Rentenformel
- Flexibilisierung des Rentenalters
- Schrittweise und abgefederte Anhebung des Rentenalters der Frauen um zwei Jahre.

Mit diesen tiefgreifenden Neuerungen wird die erste Säule an die heutigen gesellschaftlichen Gegebenheiten und sozialen Bedürfnisse angepasst. Gegenüber der heutigen Ordnung fahren mit dem Splitting-Modell 5 Prozent der ledigen Frauen, 40 Prozent der verheirateten Männer, 75 Prozent der verheirateten Frauen und 80 Prozent der geschiedenen Frauen besser. Die bereits in Kraft stehende neue Rentenformel stellt über 60 Prozent der Rentnerinnen und Rentner besser und bringt eine substantielle Rentenerhöhung v. a. für Bezügerinnen und Bezüger von tiefen Einkommen.

Rentenaltersfrage

Die Kosten der Revision belaufen sich pro Jahr auf 700 Millionen Franken. Allerdings werden diese ab dem Jahre 2005 durch die Heraufsetzung des Frauenrentenalters kompensiert, so dass die Revision ab dann als kostenneutral gelten kann.

Für die Freisinnigen war es immer klar, dass sich in einem Revisionspaket, das sich so ent-



Nationalrätin Nabholz drang mit ihren Parolenanträgen bei der AHV durch. (Photo ruti)

schieden am Grundsatz der Gleichberechtigung orientiert, die Rentenaltersfrage nicht ausklammern lässt. Daraus ein Tabu zu machen wäre nicht nur inkonsequent, sondern angesichts der demographiebedingten finanziellen Perspektiven kaum zu verantworten gewesen. Wir können und wollen einen auf mittlere Frist defizitär werdenden AHV-Finanzhaushalt nicht mit zusätzlichen Mehrausgaben belasten, ohne die Perspektive einer gewissen Entlastung zu eröffnen.

Nicht nur ein Privileg

Die schrittweise Erhöhung des Frauenrentenalters ist zumutbar und bedeutet keinen sozialpolitischen Rückschritt. Zum einen ist auf die – dank höherer Lebenserwartung – durchschnittlich längere Rentenbezugsdauer hinzuweisen. Für 62jährige Frauen beträgt sie 22,6 Jahre, für 65jährige Männer 15,5 Jahre. Die Frauen beziehen damit fast fünfzig Prozent länger Rente als Männer. Was zudem in Diskussionen um die Erhöhung des Frauenrentenalters viel zu wenig beachtet wird, ist, dass das tiefere Rentenalter längst nicht von allen Frauen als Privileg empfunden wird. Für nicht wenige Frauen, darunter v. a. jene mit gebrochener Berufskarriere und Wiedereinsteigerinnen, erweist sich die im Vergleich zu den Männern verkürzte Aktivitätszeit als Stolper-

stein auf dem Arbeitsmarkt. Viele Frauen sind daran interessiert, über das 62. Altersjahr hinaus beruflich aktiv zu sein, sei dies aus Freude an der Arbeit, aus ökonomischer Notwendigkeit, weil sie ihre Altersrenten verbessern wollen oder weil sie sich schlicht nicht pensionierungsreif fühlen. All diesen Frauen ist eine berufliche Weiterbeschäftigung wegen des früheren Rentenalters meist verbaut, weil sich öffentliche wie private Arbeitgeber an der AHV-Altersgrenze orientieren. Das heisst, dass Frauen drei Jahre weniger lang Erwerbseinkommen beziehen können als Männer. Zweifellos eine bedeutungsvolle Einkommenseinbusse, die durch den früheren Rentenbeginn niemals kompensiert wird.

Rentenvorbezug

Nun wissen wir alle, dass es natürlich auch Arbeitnehmerinnen (und Arbeitnehmer) gibt, die vor dem ordentlichen Pensionierungsalter müde und verbraucht sind. Für sie ist die Möglichkeit des Rentenvorbezugs besonders bedeutsam. Niemand wird aus finanziellen Gründen auf diesen Vorbezug verzichten müssen. Die vorbezogene Rente wird zwar gekürzt, die Ansprüche auf EL-Leistungen bleiben indes voll erhalten.

Die Rentenverbesserungen auf Grund der neuen Rentenformel und der Möglichkeit von Erziehungsgutschriften bringen zudem eine substantielle Besserstellung v. a. von Frauen mit tieferen Einkommen. Selbst wenn diese Frauen bei gekürzter Rente durch Vorbezug aus dem Erwerbsleben ausscheiden, fahren sie besser als nach geltender Ordnung. Die Lösung, in der vorliegenden Revision das flexible Rentenalter ab Alter 62 für Frauen beziehungsweise 63 für Männer einzuführen, eröffnet Frauen und Männern mehr individuelle Freiheit und Flexibilität in ihrer Lebensgestaltung.

Das Revisionspaket, das dem Volk am 25. Juni unterbreitet wird, ist ein gutes Paket. Aus voller Überzeugung empfehle ich ein Ja zu dieser Vorlage. ■

Freisinnige Positionen

Diese Broschüren können Sie bei uns bestellen.



Als Vater und Mütter werden Mann und Frau in ein viel zu enges Kleid gezwängt. Schneidern Sie mit uns ein neues!

FDP

1 Alles über die Gleichstellung.



Unser Staat legt jedem Neugeborenen 22'000 Franken Schulden in die Wiege. Die FDP sagt: Unverantwortlich.

FDP

2 FDP-Finanz- und Steuerpolitik glasklar.



Die Arbeitslosenversicherung stoppt die Arbeitslosigkeit nicht. Darum wollen wir neue Arbeitsplätze schaffen.

FDP

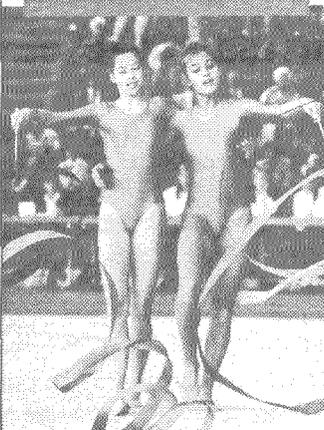
3 Die einzige Strategie gegen Arbeitslosigkeit.



Vom Zivilstand unabhängig, finanzierbar und gerecht: Die AHV wird deutlich verbessert.

FDP

4 Hochaktuell: die 10. AHV-Revision.



Sport 2001

FDP

5 FDP und Sport: ein starkes Team.

Schimpfen tut gut. Verantwortung übernehmen ist besser.

Wir übernehmen Verantwortung.

FDP

6 Mitgliederwerbung im Inland ...

Die Partei der Auslandschweizer
FDP
SCHWEIZ INTERNATIONAL

Die politische Heimat für Schweizerinnen und Schweizer im Ausland
The political home for Swiss abroad



FDP

7 ... und im Ausland.

Jahresbericht
Rapport annuel

Die Arbeit der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz und der Freisinnig-Demokratischen Fraktion der Bundesversammlung

L'activité du Parti radical-démocratique suisse et du Groupe radical-démocratique de l'Assemblée fédérale

94/95

FDP PRD PLR

8 Der Jahresbericht.



Bitten senden Sie mir folgende Broschüren:

Broschüre Nr. 1 2 3 4 5 6 7 8

Kreuzen Sie die gewünschte Nummer an.

1 Exemplar gratis.

Bei mehreren Exemplaren kosten
die Nummern 1 2 3 4 6 7 je Fr. -50
die Nummer 5 Fr. 1.-
die Nummer 8 Fr. 5.-

Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum/Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern
Tel. (031) 311 34 38
Fax (031) 312 19 51

An ihrer ordentlichen Delegiertenversammlung vom 21./22. April 1995 in Interlaken verabschiedeten die schweizerischen Delegierten der FDP ein Positionspapier zur FDP-Aussenpolitik. Dabei richtete sich die Aufmerksamkeit insbesondere auf die Europapolitik. Die Delegierten stimmten einem Antrag zu, der die FDP der Schweiz auf die Politik des Bundesrates verpflichtet. Dieser hält in seinem Bericht zur Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren vom 29. November 1993 fest, dass der EU-Beitritt ein langfristiges strategisches Ziel darstellt. Zuerst aber gelten die vereinten Kräfte dem Abschluss der bilateralen Verhandlungen. Weiter steht im FDP-Grundsatzpapier, dass die Schweiz ihre globale Mitwirkung insbesondere in den Welthandelsorganisationen verstärken soll. Der innenpolitische Rückhalt der Aussenpolitik ist zu verstärken. Ein besonderer Akzent gilt den grenzüberschreitenden Regionen.

Aussenpolitische Grundsätze der FDP der Schweiz

Seit 1985 versucht Westeuropa im Rahmen der EU, seine wirtschaftspolitische Bedeutung durch Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes weiter zu stärken und den ökonomischen Wettbewerb mit dem nordamerikanischen und dem fernostasiatischen Raum erfolgreich zu gestalten. Die Weiterentwicklung der Integration besteht in der Schaffung einer Währungsunion und einer politischen Gemeinschaft mit unter anderem sicherheits- und sozialpolitischen Konsequenzen gemäss den Maas-trichter Verträgen. Mit der Aufnahme Österreichs, Finnlands und Schwedens – und dem ablehnenden Entscheid Norwegens – konnte 1994 zudem die jüngste EU-Erweiterung abgeschlossen werden.

Die EU will im übrigen ihre Strukturen und Zielsetzungen im Rahmen der Regierungskonferenz 1996 überprüfen. Erste Versuche einer wirksamen aussen- und sicherheitspolitischen Kooperation, unter anderem im früheren Jugoslawien und gegenüber den ehemaligen kommunistischen Staaten, waren unterschiedlich erfolgreich.

Seit dem Rückzug der Sowjetunion aus Osteuropa und Afghanistan sowie dem faktischen Zerfall des kommunistischen Imperiums ist die Weltrevolution nicht mehr zusammengebrochen. Der ehrgeizige Versuch, von der Diktatur auf die Demokratie und von der

Planwirtschaft auf die Marktwirtschaft umzusteigen, brachte teilweise beachtliche Fortschritte. Gleichzeitig sind aber mancherorts restaurative Rückfälle zu verzeichnen, die im schlimmsten Fall in bürgerkriegsähnlichen Zuständen enden.

Mit dem Ende des kalten Krieges ist eine multipolare Weltordnung im Entstehen, die ein stärkeres Engagement aller Nationen bedingt, um die existentiellen Probleme unseres Planeten zu lösen. Die Förderung von Friede und Sicherheit, der Schutz

von Menschen- und Minderheitsrechten, die Pflege von Demokratie und Rechtsstaat, die Schaffung von Wohlfahrt und sozialer Gerechtigkeit und der Schutz natürlicher Lebensgrundlagen müssen im Mittelpunkt aller Anstrengungen der internationalen Staatengemeinschaft stehen.

Innenpolitische Situation

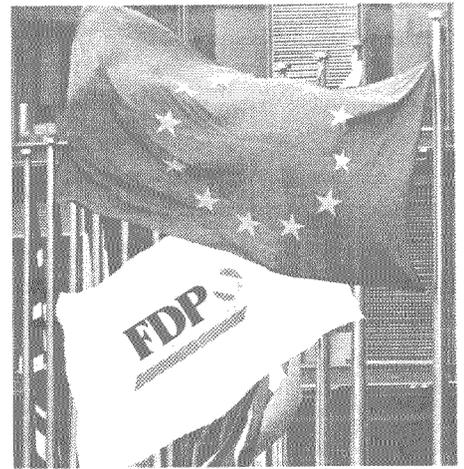
Die Geschichte unseres Landes beweist, dass die Schweiz in Friedenszeiten mit der aussenpolitischen Öffnung gute Erfahrungen machte. Angesichts der veränderten aussenpolitischen Ausgangslage empfiehlt es sich auch heute, in der Aussen-, Sicherheits-, Innen- und Wirtschaftspolitik dieser Erfahrung Rechnung zu tragen. Es ist dabei in aktiver Weise jede Form der Zusammenarbeit mit dem Ausland zu suchen, wobei die Grundsätze der direkten Demokratie, der föderalistischen Struktur und der dauernden Neutralität mitzubedenken sind.

Trotz der weltweiten Ausrichtung hat die schweizerische Aussenpolitik dem Umstand Rechnung zu tragen, dass unser Land politisch, wirtschaftlich, kulturell und sozial vor allem dem benachbarten Europa verbunden bleibt.

Die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen muss Schwerpunkt der politischen Anstren-



Seit 1985 versucht Westeuropa im Rahmen der EU, seine wirtschaftspolitische Bedeutung weiter zu stärken. (Photo Keystone)





gungen in einem Kleinstaat sein, der sich in einer rohstoffarmen Binnenlage befindet und deshalb ausserordentlich stark vom Ausland abhängig bleibt.

Es ist für die längerfristige Bedeutung der Schweiz auch wichtig, dass sie an der Neugestaltung Europas mitwirkt und damit zur Sicherheit des Kontinents beiträgt.

Die internationale Stellung eines Landes wird heute nachhaltig

durch praktizierte Mitwirkung und Übernahme von Mitverantwortung in der Lösung existenzentscheidender Probleme (Überbevölkerung, Nationalkonflikte, Flüchtlingsbewegungen, Epidemien, Kriminalität und Naturkatastrophen) bestimmt. Die Schweiz kann mit einer verstärkten solidarischen Haltung beweisen, dass die neutrale Grundhaltung nicht nur defensiven Zwecken dient, sondern auch Chance zu internationaler Hilfe darstellt. Da die Schweiz von den Auswirkungen dieser existenzentscheidenden Probleme stark mitbetroffen ist, liegt es in ihrem eigenen Interesse, an deren Lösung mitzuwirken.

Die Diskussion um den EWR-Vertrag zeigte deutlich, dass die Aussenpolitik noch wenig innenpolitische Abstützung hat. In der Schweiz besteht gegenwärtig eine Patt-Situation, in der sich zwei ungefähr gleich grosse Lager immobilisieren. Es ist daher dringend, dass sich Regierung und Bundesratsparteien aus dieser

statischen Situation lösen, indem sie sich am Bericht des Bundesrates über die Aussenpolitik der neunziger Jahre ausrichten. Es muss durch ständigen Dialog ein Abbau der extremen Positionen erfolgen, um die Diskussion wieder auf eine konstruktive Weise führen zu können.

Was heute dringend not tut, ist ein zukunftsgerichteter und sachbezogener Dialog unter all jenen, die sich zur Schweiz bekennen und an eine Zusammenarbeit der Schweiz im internationalen Umfeld glauben.

Eine gute Basis für diese Kooperation bilden die folgenden fünf Grundziele im Bericht des Bundesrates über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren:

- Wahrung und Förderung von Sicherheit und Frieden
- Förderung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaat
- Förderung der Wohlfahrt

- Abbau sozialer Gegensätze
- Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.

Es besteht indes kein Zweifel, dass zuerst die Bemühungen um bilaterale Verträge konsequent zu Ende geführt werden müssen.

Das Nein zum EWR-Vertrag ist kein Grund, sich aus der Aussenpolitik zurückzuziehen und sich abzuschotten. Es gilt vielmehr, auf allen Ebenen Möglichkeiten auszuloten, damit in aktiver Weise die für unser Land lebenswichtige Zusammenarbeit mit dem Ausland verstärkt werden kann. Im Rahmen des bisherigen aussenpolitischen Konzeptes sind die Komponenten Solidarität und Universalität klarer zu betonen, um die internationale Zusammenarbeit zu verstärken.

Globale Zusammenarbeit

Die aussenpolitische Weichenstellung erfolgt immer mehr im multilateralen Rahmen. Ein Abseitsstehen der Schweiz schränkt unseren Handlungsspielraum ein. Die aktive Mitwirkung in den



FDP-Delegierte in Interlaken: Abbau von extremen Positionen durch konstruktiven Dialog.

(Photo ruti)

Grenzüberschreitende Aktivität

Die schweizerischen Grenzregionen bilden die direkten Tore zu den europäischen Nachbarn und benötigen grössere Autonomie und stärkere Unterstützung, ohne dass dadurch die Beziehungen zu den Binnenregionen beeinträchtigt werden. Grenzüberschreitende Regionen erlauben Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr und bewirken Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Projekten von Wirtschaft, Ökologie, Raumplanung, Tourismus, Bildung, Kultur, Medien und Sport.

Die teilweise bestehenden regionalpolitischen Strukturen in den Räumen Genfersee, Jura, Basel, Bodensee, Südbünden und Tessin sind auszubauen, damit auch eine Förderung durch die interregionalen Programme der EU möglich wird. Es ergeben sich dabei folgende Postulate:

- Stärkere Ausnutzung der verfassungsrechtlichen Kompetenzen durch die Kantone.
- Situative Koordination der grenzüberschreitenden Aktivitäten durch den Bund.

- Zielgerichtete Unterstützung zukunftsorientierter Projekte in den Grenzräumen.

- Schrittweise Realisierung der EWR-Erregenschaften im kleinen Grenzverkehr.

- Aktive Mitwirkung in internationalen Vereinigungen für ein «Europa der Regionen».

- Kooperative Beteiligung am interregionalen Finanzierungsfonds der EU.

- Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit für den Ausbau der grenzüberschreitenden Europaregionen. ■

Welthandelsorganisationen Gatt/WTO und OECD ist deshalb zu verstärken. Im besonderen gilt es, das neue Gatt/WTO-Übereinkommen mit den weltweiten Handelserleichterungen zu ratifizieren, um die Wettbewerbsbedingungen für den Werk- sowie Dienstleistungsplatz Schweiz zu verbessern und die Interessen der Landwirtschaft so weit als möglich zu wahren.

Besonderes Augenmerk ist dabei auf sich abzeichnende Gewichtsverlagerungen im internationalen Rahmen zu legen, insbesondere was das Nafta und

den ostasiatischen Raum betrifft. Die Schweiz muss trotz Nichtmitgliedschaft bei der Uno ihre Tätigkeit in den Sonderorganisationen dieser Vereinigung fortsetzen und die Arbeit beim Internationalen Währungsfonds und in der Weltbank vertiefen. Es geht vor allem um folgende Postulate:

- Umsetzung der Ergebnisse der Uruguay-Runde des Gatt und der notwendigen Gesetzesanpassungen in der Schweiz

- Fachliche Beratung von Staaten mit neuen demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen

- Präventive Diplomatie zur Kriegsverhinderung

- Konstruktive Mithilfe an friedenserhaltenden Operationen

- Koordinierte Entwicklungszusammenarbeit mit nationalen und internationalen Organisationen in Kooperation mit der Wirtschaft

- Gezielter Einsatz zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen

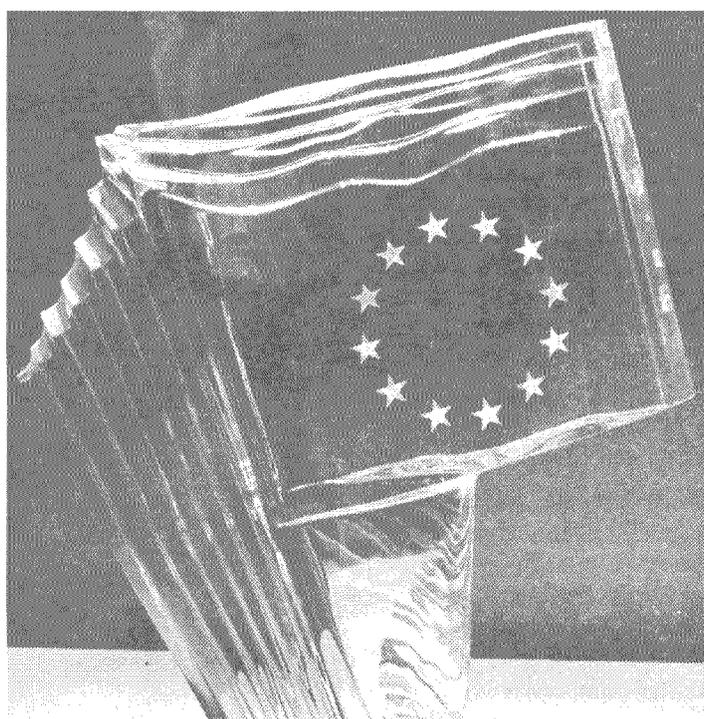
- Aktive Mitarbeit in der Uno und ihren Sonder- und Unterorganisationen unter Berücksichtigung der politischen Umstände.



Kontinentale Öffnung

Der EWR-Entscheid vom 6. Dezember 1992 ist fair zu respektieren. Die aktive Mitwirkung der Schweiz bei der Umsetzung der Gatt-Runde ist ein erster Schritt zur Öffnung unseres Landes. Die Kooperation mit dem europäischen Binnenmarkt ist als notwendige Ergänzung anzustreben. Die Schweiz muss deshalb ihre bilaterale Verbindung zur EU über die drei Bereiche Wirtschaft, Verkehr sowie Forschung und Bildung schrittweise verstärken.

Die innerschweizerischen Liberalisierungsmassnahmen sind überall dort, wo sie auch europäischen Interessen entsprechen, in die gemeinsamen Gespräche einzubringen. Die Verhandlungen



Bundesrat Delamuraz mit dem Geschenk der FDP-Delegierten, einem T-Shirt: Die aktive Mitwirkung der Schweiz bei der Umsetzung der Gatt-Runde ist ein erster Schritt zur Öffnung unseres Landes. Die Kooperation mit dem europäischen Binnenmarkt ist als notwendige Ergänzung anzustreben. (Photo ruti und Keystone)



sollen zu einer vertieften Kooperation mit der EU führen.

Innenpolitisch muss nach der Analyse von Lage und Position der Schweiz im europäischen Integrationsprozess ein Dialog über die langfristige strategische Ausrichtung der Europa-politik einsetzen.

Mit der letzten Erweiterung der EU hat der EWR an Bedeutung verloren. Eine umfassende Interessenwahrung unseres Landes kann eher über eine gleichberechtigte Mitgliedschaft in der EU erreicht werden. Doch ist ein allfälliger Beitritt zum EWR nicht auszuschliessen, so dass die Mitarbeit in der EFTA fortgesetzt werden muss.

Die Mitarbeit im Europarat muss intensiviert werden, um den geistigen Aufbau Europas bei der Förderung persönlicher und politischer Freiheitsrechte und der Bewahrung des kulturellen Erbes zu unterstützen. In ähnlichem Sinn gilt es, die Mitwirkung bei der KSZE/OSZE fortzusetzen, damit die Sicherheit für eine dauernde Friedensordnung in Europa gefestigt wird.

Im Mittelpunkt der Europa-politik stehen folgende Postulate:

- Förderung eines innenpolitischen Dialoges über das Verhältnis der Schweiz zu Europa
- Loyale Unterstützung der bilateralen Verhandlungen
- Umfassende Beurteilung der Verhandlungsergebnisse am Anfang der nächsten Legislatur mit einer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Standortbeurteilung

- Zeitgerechte Analyse der Reaktivierung des EU-Beitritts-Gesuches nach Abschluss der bilateralen Verhandlungen mit dem langfristigen strategischen Ziel eines Beitritts zur EU, entsprechend dem Bericht des Bundesrates zur Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren vom 29. November 1993

- Periodische Überprüfung des Verhältnisses zum EWR (EFTA)

- Pragmatische Vertiefung des aussen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Dialogs mit europäischen Institutionen (EU/Nato/WEU)

- Akzentuierte Tätigkeit im Europarat zur Förderung von Menschenrechten, Demokratie und Kultur sowie aktive Friedens- und Sicherheitspolitik im Rahmen der KSZE/OSZE

- Nachhaltige Unterstützung des politischen und wirtschaftlichen Reformprozesses in den ehemaligen kommunistischen Staaten, unter anderem auch durch deren Beteiligung an der westeuropäischen Integration.

Nationale Ausrichtung

Unsere Aussenpolitik fusst auf der Basis der neutralen Tradition, die im Volk immer noch stark verankert ist. Die Neutrali-

tätspolitik dient den eigenen sicherheitspolitischen Bedürfnissen und will den Friedensbestrebungen der Völkergemeinschaft Rechnung tragen. Im Rahmen dieser Zielsetzung ist zur Wahrung der Unabhängigkeit ein wirksames militärisches Instrument zu erhalten, und gleichzeitig sind für die Friedenserhaltung in internationalen Konflikten die Guten Dienste vermehrt anzubieten.

Folgende Postulate stehen dabei im Mittelpunkt:

- Situationsgerechte Handhabung der Neutralitätspolitik

- Verstärktes Engagement im Rahmen der Guten Dienste und Unterstützung aller Organisationen des Internationalen Roten Kreuzes

- Freiwilliger Einsatz im Ausland für friedenserhaltende Massnahmen

- Projektorientierte Entwicklungszusammenarbeit mit exemplarischem Charakter auf bilateraler Ebene

- Zielgerichtete Unterstützung des internationalen Standortes Genf

- Engere Zusammenarbeit in der Aussenpolitik zwischen Bundesrat, Parlament und Kantonen

- Verbesserung der Kooperation mit den Auslandschweizern

Stärkung der aussenpolitischen Führung

Die Führungsarbeit im aussenpolitischen Bereich muss verstärkt und verbessert werden, um vor allem den politischen Handlungsspielraum zu vergrössern. Dies bedingt eine engere Zusammenarbeit zwischen Bundesrat und Parlament, wobei das Informations- und Mitspracherecht der aussenpolitischen Kommission sinnvoll angewendet werden sollte.

Es ist auch notwendig, dass die Bundesratsparteien in den wichtigsten Fragen der Aussenpolitik einen gemeinsamen Nenner finden.

Die Tätigkeit unserer Diplomaten im Ausland ist umfassender zu gestalten, indem auch die Vertreter von Wirtschaft und Kultur in das aussenpolitische Aktionsfeld einbezogen werden. Besondere Anstrengungen gelten dem Anliegen, den innenpolitischen Rückhalt beim Volk zu verstärken, um die notwendige Zustimmung in Volksabstimmungen zu erhalten. Vor allem sind politische Vorkehren zu treffen, um die Ergebnisse der bilateralen Abkommen innenpolitisch umsetzen zu können. ■



Aufmerksame Zuhörer: Nationalrat Chevallaz (VD), Nationalrat Mühlemann (TG) und Grossrätin Langenberger (VD). (Photo ruti)

FDP-Power-Frauen

50 der insgesamt 166 Regierungsräte, die es in der Schweiz gibt, sind FDP-Mitglieder. Insgesamt 19 Frauen gibt es in der Schweiz, die als Regierungsrätin amten, und davon sind 8 freisinnig. Damit hat die

FDP am meisten Frauen in den kantonalen Exekutiven: SP und CVP haben je vier Regierungsrätinnen, die SVP zwei und die Liberalen eine. Wir stellen die FDP-Power-Frauen hier vor. (Photos Keystone und ruti)



AR: Marianne Kleiner



OW: Elisabeth Gander



TI: Marina Masoni



JU: Anita Rion



SO: Cornelia Füeg



AR: Alice Scherrer



AG: Stéphanie Mörkofler



ZG: Ruth Schwerzmann

Rollende Programmarbeit

Die FDP ist ständig à jour. Seit einiger Zeit hat sie vom System der Programmarbeit alle vier Jahre zum System der rollenden Planung gewechselt. Folgende Positionspapiere können bestellt werden (1 Ex. gratis, grössere Bestellungen bei der Kantonalpartei):

- Ich bestelle Neutralität
 Finanz- und Steuerpolitik
 Patentierbarkeit von Erfindungen betreffend Organismen
 Tourismus
 Wohnen
 Entwicklungshilfe
 Landwirtschaftspolitik

- Perspektiven liberaler Lebensgestaltung
 Aussenpolitik
 Wirtschaftspolitik
 Wege aus der Arbeitslosigkeit
 Innere Sicherheit
 Seniorenpolitik
 Regierungsreform

Name: _____ Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat,
 Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51. ■

A.B.S. und Airbag
 lohnen sich jetzt
 wirklich:
 beim Corolla Plus
 mit 114 PS ist beides
 fast geschenkt.



35-Super-Leasing: Fr. 333.- p. M.
 Für Corolla 1.6 Compact XLi Plus, inkl. 6,5% MWST.
 Kond. 40.000 km / 48 Mte. / inkl. Vollkasko / 10% Kautsch.

Das Besondere an der Sonderreihe Corolla Plus ist der Preis für Airbag, A.B.S. und elektrische Fensterheber. Alles zusammen kriegen Sie für nur 740 Franken anstatt für über dreitausend. Und

Garantieschutz: Vollgarantie bis 100.000 km
 innen 3 Jahren, 6 Jahre gegen Durchrostung.

serienmässig kommen Servolenkung, Zentralverriegelung, Stereoanlage und 16 Ventile im 114 PS starken Motor dazu.

So grosszügig ausgestattet, gibt es den Corolla Plus zu einem

Toyota-Qualität: In alljährlichen Zuverlässigkeits-Statistiken ist Toyota weltweit an der Spitze.

bescheidenen Preis: als Corolla 1.6 Compact XLi mit fünf Türen für Fr. 23.990.-, mit Automat für Fr. 25.490.-, mit drei Türen in der Si-Version für Fr. 24.990.- oder als Sportswagon für Fr. 25.690.-. Alle

Mehrventil-Technologie: für mehr Leistung bei geringerem Verbrauch, ohne Aufpreis.

Beträge inklusive 6,5% MWST.

Es würde sich jetzt lohnen, die Zeitung aus der Hand zu legen und zu einer Probefahrt zu starten.

TOYOTA
 JAPANS NUMMER 1

Kandidatinnen müssen Unterstützung suchen

Die Vorbereitungen für die eidgenössischen Wahlen vom 22. Oktober 1995 laufen auf Hochtouren. In einem offenen Brief wendet sich die Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz, Kantonsrätin Franziska Frey-Wettstein aus Zürich, nachfolgend an die Nationalratskandidatinnen der FDP.

LIEBE NATIONALRATSKANDIDATINEN

Zuerst recht herzliche Glückwünsche zur Nomination als Kandidatin für den Nationalrat für diejenigen unter Ihnen, die diese erste Hürde bereits erfolgreich hinter sich gebracht haben. Nominierungen werden noch bis zum nächsten August stattfinden, und ich hoffe natürlich, dass auf allen Listen der von der Partei empfohlene Frauenanteil von dreissig bis sechzig Prozent erreicht werde.

Vielleicht haben Sie sich zum erstenmal entschieden, auf einer Nationalratsliste zu kandidieren. Vielleicht sind Sie aber auch ein kampfprober Profi mit einer guten Aussicht, gewählt zu werden. Vielleicht gehören Sie sogar zu denjenigen Frauen, die im rechten Moment am rechten Ort stehen und ohne lange Vorbereitungszeit und ohne grossen Kampf ganz einfach gewählt werden. In der Politik ist alles mög-

lich! Darum tun auch wir Frauen gut daran, uns zu wappnen, mit Kopf und Herz zu kämpfen, und zwar nicht mit zusammengebissenen Zähnen, sondern lustbetont und mit Freude am spielerischen Teil der Sache.

Bestimmt machen Sie sich jetzt Gedanken über den Wahlkampf. Was ist zu tun, wer hilft, und wer bezahlt was? Werbeagenturen und Schulungskurse bieten ihre Hilfe an, Slogans und originelle Prospekte müssen kreiert werden. Wo bleiben die Sponsoren? Dazwischen büffeln Sie Sachfragen, bilden ein Wahlkomitee und bieten Helferinnen auf. Sie schaffen Kontakte, sind überall dabei, alles läuft prima, und zum Schluss reissen sich Radio und Fernsehen um Sie!

Nein? Läuft es nicht so? Es geschieht gar nichts von alledem? Sie sind ja nur Listenfüllerin, der Spitzenkandidat der Partei ist



Franziska Frey-Wettstein: Mit Kopf und Herz kämpfen.

bestens placiert, und das ist auch recht so. Sie sind auf einem guten oder auch auf einem der hinteren Plätze. Am Fernsehen und Radio treten die Koryphäen auf. Sie sitzen – und das ist auch richtig so – bei den Veranstaltungen im Publikum, ihre Voten werden freundlich aufgenommen und höflich beklatscht. Ihr Wohlverhalten, ihr nettes Lächeln schafft zufriedene Gesichter. Alles in bester Ordnung!

Nur manchmal beschleicht Sie ein mulmiges Gefühl und vielleicht sogar der gänzlich unbegründete Verdacht, dass Sie mit Ihrer Zusage als Kandidatin Ihre Aufgabe bereits erfüllt haben und dass eine andere Haltung ihrerseits höchstens Stirnrunzeln zur Folge hätte. Auch wenn Sie nur einmal in einer ganz dunklen Stunde ein solcher Verdacht beschleichen sollte – liebe Kollegin –, dann müssen Sie sofort etwas tun, dann müssen Sie Hilfe suchen und aktiv werden. Genau das dürfen Sie nicht akzeptieren!

Suchen Sie Unterstützung. Sie finden sie beim Sekretariat der FDP Schweiz, bei den FDP-Frauen Schweiz, vielleicht bei älteren, erfahrenen Kolleginnen, bei amtierenden National- und Ständerätinnen. Helfen sie sich selber, indem Sie mit Freundinnen Veranstaltungen organisieren. Nehmen Sie Themen auf, die Sie und die Bevölkerung Ihrer Gemeinde

interessieren, auch wenn sie nicht zu den eigentlichen Wahlthemen der Partei gehören. Nehmen Sie teil an Frauenpodien, schreiben Sie Leserbriefe, schaffen Sie Kontakte. Denken Sie daran, es geht nicht ums Gewinnen oder ums Verlieren. Es geht darum, Zwischenziele zu erreichen, z. B. auf den ersten Ersatzplatz gewählt zu werden, um einen Rang aufzusteigen, oder den Listenplatz zu halten. Mit solchen Anstrengungen gewinnen Sie Wählerinnen und Wähler für sich. Speziell wir Frauen sind in der Lage, neue Wähler und Wählerinnen zu finden, weil wir andere Beziehungsnetze haben als die Männer. Alle Anstrengungen zusammen sichern der Partei den Wahlerfolg, schaffen vielleicht sogar einen zusätzlichen Sitz.

Wir sind zwar keine populistische Partei, aber eine Volkspartei, die die Sprache des Volkes sprechen will. Wir sind eine Partei, die bereit ist, Verantwortung zu übernehmen und Positionen zu beziehen. Dies geht oft nicht ohne Kritik von rechts oder von links. Beides gilt es in Kauf zu nehmen. Wenn wir von unserer Position überzeugt sind, müssen wir je nach Thema die Mehrheiten dort suchen, wo sie unseren Anliegen zum Durchbruch verhelfen.

Uns Frauen ist eine vernetztere Denkweise oft näher als den Männern, wir überspringen Gräben und schaffen Kontakte – nutzen wir diese Eigenschaften für diese Wahlen. Liebe Frauen, ich wünsche Ihnen im Namen der FDP-Frauen Schweiz für die Wahlen 1995 einen guten Start. Falls Sie Hilfe brauchen, sind wir für Sie da.

Franziska Frey-Wettstein,
Präsidentin der FDP-Frauen
Schweiz

SEMINAR

Kandidatenschulung Wahlen 1995

Für die eidgenössischen Wahlen 1995 organisiert die FDP der Schweiz wiederum zwei Kandidatenseminare. An den zweitägigen Seminaren werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer argumentativ und kommunikativ geschult. In kleinen Arbeitsgruppen werden unter der Leitung

von Politikern die Wahlkampfthemen der FDP erläutert und diskutiert. Am zweiten Tag stehen medienwirksames Schreiben und Radiostatements auf dem Programm.

Teilnehmen können Kandidatinnen und Kandidaten für die National- und Ständeratswahlen.

1. Seminar: 19./20. Mai 1995 in Horgen ZH
2. Seminar: 30. Juni/1. Juli 1995 in Thun BE

Unterlagen und Anmeldeformulare können beim FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51, bezogen werden.

Garten- und Landschaftsarchitekten, Erdbauingenieure

100 Jahre Erfahrung, Dynamik, Tradition

Ein Jahrhundert für unsere Umwelt

Spross

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

LESERBRIEFE

Ein Unsinn

Der Bundesrat will bei der Einführung des neuen Mineralölsteuergesetzes die Zollfreizone Samnaun/Tschlin nicht mehr ausklammern. Dadurch würden dort die Treibstoffpreise auf das schweizerische Niveau angehoben. Umfangreiche Untersuchungen der beiden Gemeinden haben ergeben, dass durch diesen «Preisschock» rund achtzig Prozent der Treibstoffkunden und rund fünfzig Prozent der Zollfreieinkäufer im Sommer ausfallen würden. Da es sich bei den Treibstoff- und Zollfreikunden hauptsächlich um ausländische Feriengäste handelt, würde dieses Geschäft grösstenteils ins Ausland verlagert. Der Beschluss des Bundesrates würde eine heute gut funktionierende Randregion mit gesunder Wirtschaft in ihrem Lebensnerv treffen. Die Steuerausfälle der beiden Ge-

meinden würden wegen des Wegfallens der Sondergewerbesteuer auf Treibstoffen rund sechzig Prozent betragen! Für die beiden mit grossen Infrastrukturprojekten belasteten Gemeinden bedeutet dies ein finanzielles Fiasco. Den Tankstellenhaltern und Transporteuren mit rund vierzig Arbeitsplätzen wäre die Existenz genommen. Die Investitionstätigkeit der Gemeinden im Unterengadin und damit das Baugewerbe würden für mehrere Jahre empfindliche Einbussen erleiden.

Der Bund hingegen erhält durch die Anrichtung dieses Schadens Mehreinnahmen durch die Mineralölsteuern von rund neun Millionen Franken pro Jahr. Im Klartext handelt es sich um ein Verteilungsproblem zwischen einer Randregion und dem Bund: hier entsteht ein grosser volkswirtschaftlicher Schaden in einer intakten Wirtschaftsregion, in Bern entstehen geringe Mehreinnahmen. Das Ausland ist der lachende Dritte, in der Schweiz gibt es nur Verlie-

rer. In den beiden Gemeinden Samnaun und Tschlin ist man sich bewusst, dass das Zollfrei-privileg irgendwann abgebaut wird. Es wäre aber völlig unverständlich, wenn die Schweiz hier einen Alleingang macht, während die EU ihre Zollfreizonen in Livigno, in Helgoland und auf den Flughäfen weiterhin bestehen lässt. Ein Abbau des Zollfrei-

statuts Samnaun/Tschlin könnte nur im Einklang mit dem Abbau der übrigen Zollfreizonen in Europa erfolgen. Hierzu sind Absprachen und lange Übergangsfristen notwendig.

Ein weiteres Eigengoal für die Schweiz? Muss oder kann sich die Schweiz das immer noch leisten?

FDP Graubünden
Silvio Zuccolini, Thusis

DEM NEUEN AUF DER SPUR.

SULZER
Technologie schafft Werte

Mutterschaftsleistungen für alle Frauen

Die Präsidentinnen der Frauen der CVP, FDP und SVP haben sich am 31. März 1995 in Bern zu einer Aussprache über die Ausgestaltung der Mutterschaftsversicherung getroffen. Sie haben sich dabei über folgende Punkte geeinigt:

■ Anspruch auf Mutterschaftsleistungen haben erwerbstätige und nichterwerbstätige Frauen.

■ Die Grundleistung bei Mutterschaft ist für alle gleich. Sie wird während vier Monaten ausgerichtet. Sie beträgt Fr. 1500.- bis Fr. 2000.- pro Monat.

■ Übersteigt das steuerbare Haushaltseinkommen den nach UVG versicherbaren Verdienst, so entfällt die Grundleistung für die Nichterwerbstätigen.

■ Erwerbstätige Frauen erhalten während 16 Wochen 80% des nach UVG versicherten Lohnes, jedoch mindestens die Grundleistung gemäss Ziffer 2.

■ Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen haben Anspruch auf die Grundleistung gemäss Ziffer 2.

■ Die Grundleistung wird ausgerichtet, wenn die Mutter seit mindestens einem Jahr zivilrechtlichen Wohnsitz in der Schweiz hat.

■ Eine Finanzierung der Mutterschaftsleistungen über Lohnprozente wird abgelehnt. Die Finanzierung der Grundleistung erfolgt aus der Bundeskasse, z. B. analog der Militärversicherung, oder aus einem Fonds, der aus den Spielbankgewinnen gespeist wird. Die

Lohnfortzahlung wird durch Arbeitgeber oder Arbeitgeberinnen gewährleistet.

■ Bei geschätzten 66 000 Geburten (von insgesamt 87 000), welche wegen der Plafonierung gemäss Ziffer 3 Anspruch auf eine Grundleistung geben, belaufen sich für den Bund die Kosten der Grundleistung bei Fr. 6000.- pro Geburt auf ca. 395 Mio. Fr.

■ Nach Abzug einer Grundleistung von insgesamt Fr. 6000.- (4x Fr. 1500.-) verbleiben für Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen bei einem Monatslohn von Fr. 3000.- Kosten im Betrage von Fr. 3600.- bzw. bei einem Lohn von Fr. 5000.- solche von Fr. 10 000.-. Bei der heutigen durchschnittlichen Lohnfortzahlung von 8 Wochen ergeben sich bei einem Lohn von Fr. 3000.- Kosten für die Lohnfortzahlung von Fr. 6000.- und bei Fr. 5000.- solche von Fr. 10 000.-.

Fazit: die Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen werden gesamthaft nicht stärker belastet, d. h. bei Löhnen unter Fr. 5000.- pro Monat werden sie sogar entlastet, da die durchschnittlichen Frauenlöhne bei Fr. 3000.- liegen.

CVP-Frauen
Präsidentin:
Brigitte Hauser-Süess

FDP-Frauen
Präsidentin:
Franziska Frey-Wettstein

SVP-Frauen
Präsidentin:
Margrit Gilardi

Bildung und Forschung – Bausteine für eine Schweiz mit Zukunft

Unter dem Titel «Bildung und Forschung – Bausteine für eine Schweiz mit Zukunft» befassten sich FDP-Bildungspolitiker an einer Fachtagung Mitte März mit Bildungs- und Forschungsfragen. Gleichheit der Startchancen, Ja zur Leistung, Qualität halten und steigern, so lauten Ansatzpunkte einer freisinnigen Forschungs- und Bildungspolitik. Die Tagung diente der Vorbereitung eines überarbeiteten Programmpapiers der FDP der Schweiz.

Anna-Marie Kappeler

Als Quintessenz der Diskussionen der rund 130 anwesenden FDP-Bildungspolitiker aus der ganzen Schweiz fasste Rolf Dubs, Direktor des Institutes für Wirtschaftspädagogik an der Hochschule St. Gallen, folgende Positionen zusammen:

Die FDP setzt sich ein für die Gleichheit der Startchancen. Sie steht zum Leistungsauftrag der Schulen. Bis zur Maturität und zur Lehrabschlussprüfung will sie an der Staatsschule festhalten, die eine liberale Errungenschaft aus dem 19. Jahrhundert ist und sich bewährt hat. Die Freisinnigen können sich aber eine grössere Autonomie der einzelnen Schulen vorstellen.

Schwergewicht einer liberalen Schulreform ist die Reform nach innen, die von guten Lehrkräften getragen sein muss. Bei den Hochschulen will die FDP die Qualität auf höchstem internationalem Niveau halten. Regelmässige leistungsbezogene Beurteilungen sollen den Wettbewerb fördern. Die Grundlagenforschung soll gestärkt werden mit der Auflage einer grösseren Mobilität zwischen Wirtschaft und Hochschulen. Regelstudiengänge erscheinen der FDP zur Verkürzung der Studienzeit sinnvoll.

Zuvor hatten eine Reihe von Referenten in die Thematik ein-

geführt. Nationalrat François Loeb, Bern, Präsident des Parteiausschusses Kultur- und Bildungspolitik der FDP der Schweiz, leitete die Tagung.

Humankapital als wichtigster Rohstoff

Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz beschwor in seinem Referat die Bildungs- und Forschungspolitik als wichtigen Pfeiler des Unternehmens «Schweiz». Das Humankapital erachtet er nach wie vor als wichtigsten Rohstoff unseres Landes. Mit Bezug auf den Tagungstitel «für eine Schweiz mit Zukunft» betonte Delamuraz, dass uns die Zukunft nicht geschenkt werde, dass wir die Wohlfahrt der Eidgenossenschaft erarbeiten müssten.

Delamuraz warnte davor, angesichts der Finanzkrise Investitionen in die Bildung und Forschung zu vernachlässigen. Obwohl die Schweiz über ein gutes Ausbildungssystem verfüge, müsse es ständig weiterentwickelt werden, um den Zug für das 21. Jahrhundert nicht zu verpassen. Den Fachhochschulen komme hier eine wichtige Bedeutung zu.

Einen Akzent setzte Delamuraz auch bei der internationalen Anerkennung schweizerischer Diplome. Diese sei natürlich nur nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit zu haben. Der Volkswirtschaftsminister rief dazu auf, auch in diesem Bereich die Konkurrenz als positive Herausforderung anzunehmen und zu suchen.

Politik der Rahmenbedingungen

Die FDP betreibe eine Politik der Rahmenbedingungen und richte sich nicht nach wechselnden gesellschaftspolitischen Zielen. Dies gelte auch für die Bildungs- und Forschungspolitik. Daran erinnerte Nationalrat Franz Steinegger, Präsident der FDP der Schweiz, in seinem Referat. Steinegger forderte die Anwesenden zudem auf, die Wünsche und Hoffnungen mit den finanziellen Möglichkeiten in Übereinstimmung zu bringen.

Hochschulausbildung

Werner Arber, Mitglied des Schweizerischen Wissenschaftsrates (SWR), Basel, erläuterte die Vorstellungen des SWR für eine zukunftsgerichtete Hochschulausbildung. Der SWR will eine Vermassung der Universitäten verhindern. Zu diesem Zweck soll die Grundausbildung gestrafft und die Forschung gezielter auf Nachdiplomstufen gefördert werden. Die Zulassung zu den Hochschulen soll weiterhin nicht beschränkt werden, dafür soll der Leistungsmessung während des Studiums eine grössere Bedeutung zukommen.

Als persönliche Ansicht skizzierte Arber das Projekt einer Hochschule Schweiz. Arber geht davon aus, dass die universitäre Ausbildung eine nationale Aufgabe ist. Gleichzeitig mit einem stärkeren finanziellen Engagement sollte der Bund auch mehr Kompetenzen erhalten.

«Berufsausbildung im Aufbruch»

Unter dem Titel «Berufsausbildung im Aufbruch» gab Jean-Luc Nordmann, Direktor des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Biga), einen Überblick über die laufenden Arbeiten in diesem Bereich. Den nicht nur demographisch begründbaren

Lehrlingsrückgang wertete der Biga-Chef als Symptom dafür, dass gewisse Aspekte der Berufsbildung der Diagnose und der Therapie bedürfen.

In Zusammenarbeit mit den Kantonen findet gegenwärtig denn auch eine grundlegende Erneuerung der Grundausbildung statt, die Fachhochschulen werden eingeführt, eine grössere Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Bildungswegen wird angestrebt. Das Niveau der Ausbildung in der Schweiz soll konkurrenzfähig bleiben und damit zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen.

Ziel der Reformen ist somit einerseits die Anpassung der Ausbildung an die veränderten technologischen Bedingungen und die Anforderungen der Märkte. Andererseits sollen durch die Schaffung eines flexiblen Ausbildungssystems Karrierechancen und Weiterbildungsmöglichkeiten angeboten werden. Damit werde, so Nordmann, den Arbeitnehmern auch in einer Wirtschaft im Wandel eine zukunftssichernde Integration in das Wirtschaftsleben ermöglicht. ■

Er hat.



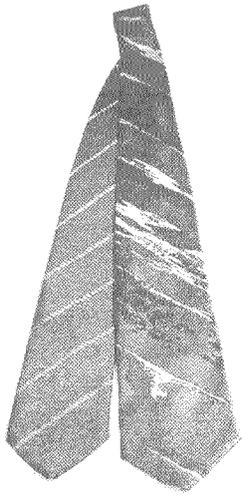
Spende Blut.
Rette Leben.

Ohne Blut
läuft gar nichts.
Spenden auch Sie.

Chic und praktisch

Die FDP hat eine Reihe von qualitativ hochstehenden Accessoires mit einem diskret-elegantem «Touch» Freisinn. Wir stellen sie Ihnen hier auf dieser Seite vor. Bestellen Sie jetzt! Wollten Sie nicht schon längst dies oder jenes jemandem oder sich selber schenken? Jetzt

ist genau der richtige Zeitpunkt dafür! Dieses Jahr sind eidgenössische Wahlen. Benutzen Sie dafür unsere neue Konferenzmappe, tragen Sie eine FDP-Krawatte, stecken Sie sich einen Pin an, verschenken Sie die Festschrift «Hundert Jahre FDP».



Die Krawatte classic oder die Krawatte new look, die Mann einfach haben muss.

FDP
PRD
PLR

Politische
Rundschau
Revue
politique

Für eine Schweiz
mit Zukunft
Hundert Jahre FDP
der Schweiz
Pour une Suisse
tournée vers l'avenir
Cent ans de
PRD Suisse

Die Festschrift mit 24 Beiträgen von klugen Köpfen: ein Buch von 245 Seiten für die Schweiz von gestern, heute und morgen.



Der grosse Doppelschirm für das Wandern im Regen zu zweit. Der stabile Sportschirm, der nicht gestohlen wird. Der praktische Holzschirm.

Talon

Ich bestelle:

- ___ Ex. Konferenzmappe à Fr. 40.–
- ___ Ex. FDP-Pin 100 Jahre à Fr. 5.–
- ___ Ex. Portefeuille à Fr. 44.–
- ___ Ex. Doppelschirm à Fr. 30.–
- ___ Ex. Sportschirm à Fr. 30.–
- ___ Ex. Holzschirm à Fr. 35.–
- ___ Ex. Krawatte classic à Fr. 40.–
- ___ Ex. Krawatte new look à Fr. 40.–
- ___ Ex. Festschrift à Fr. 15.–

Name: _____

5/95

Vorname: _____

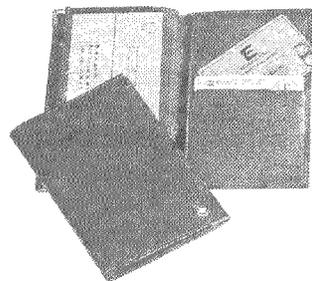
Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

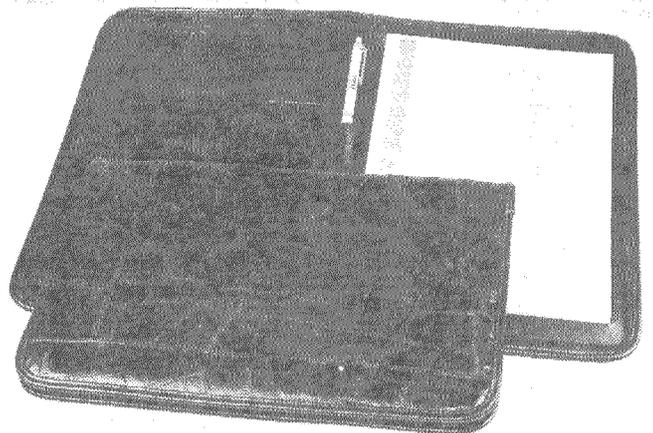
Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51. ■



Das solide und handliche Portefeuille mit dem FDP-Emblem und der Agenda für 1995 aus bestem Anilinleder in Bordeaux.

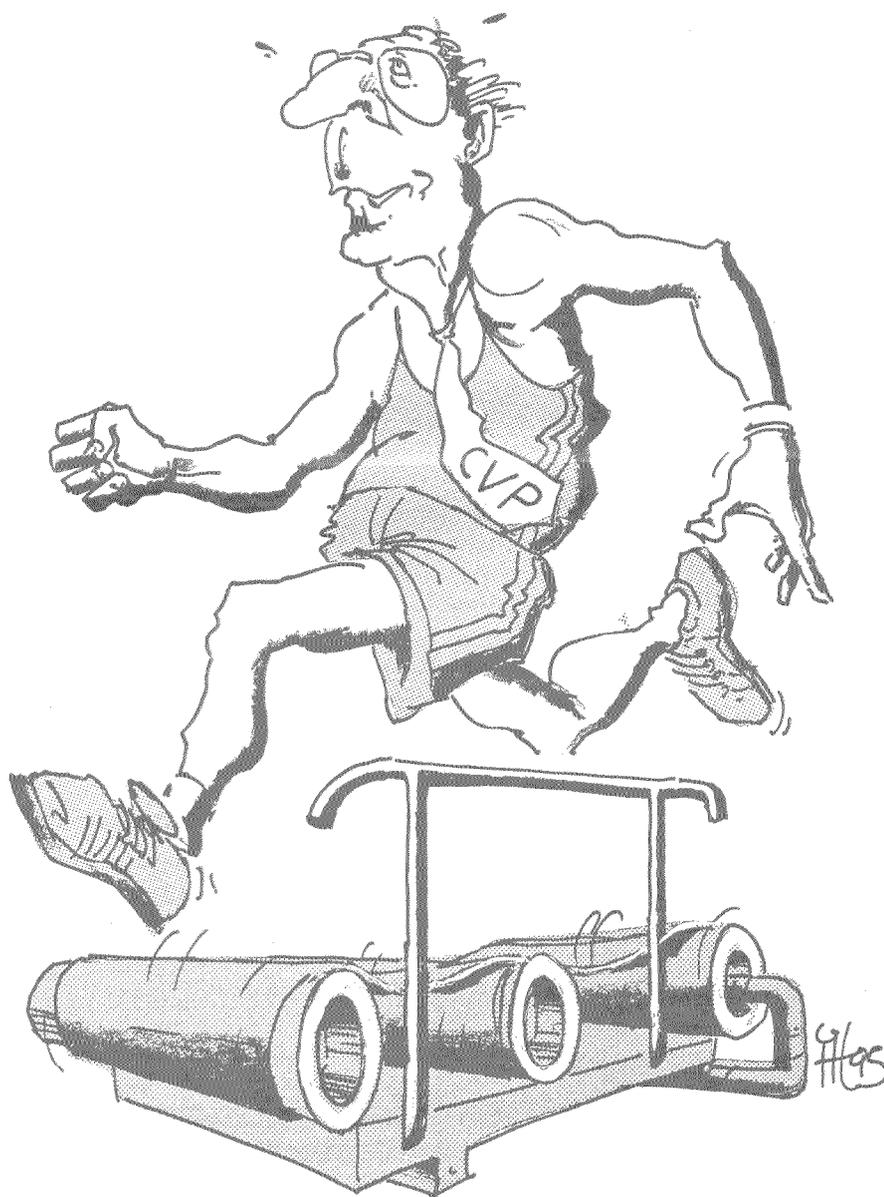


Der FDP-Pin, den es nur alle 100 Jahre gibt.



Die praktische Konferenzmappe der FDP in schwarzem Patchwork-Leder mit Schreibblock und Kugelschreiber.

DYNAMISCH VON DER MITTE INS ZENTRUM



Karikatur Andreas Töns

EINLADUNG

Deregulierung – Risiko und Chance für die Umwelt

Orientierung – Erfahrungsaustausch – konstruktive Kritik

Tagung des Umweltausschusses der FDP der Schweiz in Bern (Hotel Bern) am 20. Mai 1995

Zielpublikum

- Freisinnige *Parlamentarier* in Bund, Kantonen und Städten
- Mit Umweltproblemen (namentlich im Vollzug) konfrontierte Mitglieder der eidg., kantonalen und kommunalen *Verwaltungen*
- An Umweltfragen interessierte *FDP-Politiker und Parteimitglieder*

Zweck der Veranstaltung

- *Identifikation von Kernaspekten*: Wie lässt sich die Effizienz der Umweltpolitik *ohne Gefährdung der Schutzziele* verbessern – generell und in fünf wichtigen Bereichen?

■ *Empfehlungen im Sinne konstruktiver Kritik*:

Was ist zu tun, um im Sinne der im Frühjahr 1993 eingereichten Postulate Beerli und Nabholz eine Effizienzsteigerung in der Umweltpolitik zu erzielen?

Schwerpunkte: Zusammenarbeit öffentliche Hand – Wirtschaft, Vollzug im föderalistischen Staat.

Arbeitsweise

- *Kurze Einführung* über die Hauptaspekte und Schlüsselfragen durch prominente Referenten
- *Diskussion* mit den Referenten
- *Erfahrungsaustausch* zwischen den Tagungsteilnehmern

Mehr als die Hälfte der Tagungszeit ist für die Diskussion und den Erfahrungsaustausch reserviert!

Programm

- I. 10.00–10.15 *Begrüssung und Orientierung durch den Tagungsleiter (W. Schiesser)*
- II. 10.15–10.35 *Schlüsselaspekte des Tagungsthemas: Ständerat Prof. R. Jagmetti*
- III. 10.35–13.00 *Die drei Problemfelder: Schwierigkeiten und Verbesserungsmöglichkeiten*

Je ein Kurzreferat von *maximal 20 Minuten* zur Einführung. Anschliessend während 30 (25) Minuten Diskussion auf dem Podium (Referenten, B. Wallimann, Stv. Direktor des Buwal, Dr. Chr. Juen, Vorort). Von Anfang an unter Einbezug des Plenums. Leitung: Ständerat Kurt Schüle, zusammen mit den jeweiligen Referenten.

- 10.35–11.25 Verbesserungsmöglichkeiten im Verfahrensbe-
reich: Prof. H. Rausch (Zürich)
- 11.25–12.15 Verbesserungsmöglichkeiten im Bereich des materiellen Umweltrechts: G. Iselin (Leiter der Koordinationsstelle für Umweltschutz des Kantons Bern)
- 12.15–13.00 Verbesserungsmöglichkeiten im Bereich Subventionen: Nationalrat Prof. P. Tschopp (Genf)

IV. 13.00–13.45 *Lunch mit Gelegenheit zum informellen Gespräch*

V. 13.45–15.00 *Effizienzsteigerung in fünf Hauptbereichen*
Gruppendiskussion nach einführendem Kurzreferat (15 Minuten) durch den Gruppenleiter. *Erfahrungsaustausch* unter Einbezug

von mindestens je einem Vertreter der Bundesverwaltung, kantonalen Verwaltungen und der Wirtschaft. Einigung auf 1–3 Empfehlungen, die später von den Gruppenleitern dem Plenum vorgestellt werden.

Gruppe 1 Raumplanung/ Verkehr	Gruppe 2 Luft- reinhaltung	Gruppe 3 Abfall- wirtschaft	Gruppe 4 Lärm	Gruppe 5 Natur/ Landschaft
Leitung: Dr. Th. Pfisterer Baudir. Kt. AG	Leitung: Dr. H.-P. Burkhard, Chef ATAL Kt. ZH (angefragt)	Leitung: Rita Kohler- mann, Land- rätin Kt. BL	Leitung: Dr. U. Fässler US-Dir. Kt. LU (angefragt)	Leitung: Dr. W. Loretan Ständerat Kt. AG
Bundesverwalt.: Prof. H. Flückiger Dir. BA für Raumplanung	Bundesverwalt.: Dr. G. Leutert Chef Luftrein- haltung Buwal	Bundesverwalt.: Dr. H.-P. Fahrni Chef Abfall Buwal	Bundesverwalt.: Dr. G. Verdan Chef Immissions- schutz Buwal	Bundesverwalt.: E. Bürgi Chef Landschafts- schutz Buwal
Kant. Verwalt.:	Kant. Verwalt.:	Kant. Verwalt.:	Kant. Verwalt.:	Kant. Verwalt.:
Wirtschaft: Dr. h. c. E. Basler EB & Partner AG Zollikon	Wirtschaft: Rolf Müller Gissler Druck AG Allschwil	Wirtschaft: Dr. U. Gujer Ciba-Geigy AG B. de Quervain HCB Zement	Wirtschaft: SBB (angefragt)	Wirtschaft: G. Künzi Dir. Schweiz. Tourismusverband

VI. 15.00–15.50 Präsentation der Empfehlungen und Abstimmung

- 15.00–15.20 Präsentation von Empfehlungen zu den am Vormittag diskutierten Problemfeldern. Argumente für und gegen Zustimmung aus dem Plenum; keine Abänderungsanträge. Abstimmung. (Die Empfehlungen werden zwischen 13.00 und 15.00 unter Mitwirkung der Ständeräte Jagmetti und Schüle sowie der drei Referenten formuliert.)
- 15.20–15.50 Präsentation der Empfehlungen aus den Gruppen zu den fünf Hauptbereichen der Umweltpolitik durch die Gruppenleiter. Argumente für und gegen Zustimmung aus dem Plenum; keine Abänderungsanträge. Abstimmung.

VII. 15.50–16.00 Schlusswort des Tagungsleiters

Talon

Ich melde mich zur Tagung «Deregulierung – Risiko und Chance für die Umwelt» vom 20. Mai 1995 an.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Präferenzen für das Mitwirken in den Arbeitsgruppen:

1. _____

2. _____

Teilnahmegebühr: Fr. 40.– (inkl. Dokumentation und Lunch)

Datum: _____ Unterschrift: _____

5/95

Anmeldung bis 12. Mai 1995 an: FDP-Generalsekretariat,
Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51